



Fight Back!

Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig



Die „Festung Europa“ in Braunschweigs Innenstadt

Siehe Artikel Seite 5

Rennen wie die Hasen

Nazis scheitern mit Angriff auf Punks im Bahnhofspark

■ Es war kein besonders erfolgreicher Tag für die Braunschweiger Nazis: Am 16.03.02 tauchte erst eine Gruppe von ca. 10 Nazis bei der Kundgebung gegen die Kahl-schlagpolitik von Oberbürgermeister Gert Hoffmann auf dem Kohlmarkt auf. Mit dabei waren das NPd-Mitglied Michael Weinberg und Ingo Zimmermann. Als einige AntifaschistInnen sie aufforderten, sich sofort zu verpissen, kam es zu einer kleineren Rangelei. Leider sprangen gleich einige Beamte des Staatschutzes dazwischen, so dass die Nazis zwar das Feld räumen mussten, aber weitgehend unbehelligt davon ziehen konnten.

Am Nachmittag versammelten sich im Park am Bahnhof zahlreiche Punks und einige Antifas. Es gab Gerüchte, dass die Nazis nach dem Spiel von Eintracht Braunschweig wieder einmal die Punks angreifen wollten. Auch die Polizei hatte davon Wind gekriegt und war massiv in der Gegend postiert. Kurz nachdem die Polizei plötz-

lich ihren Feierabend antrat und verschwand, tauchten dann tatsächlich ca. 20 Nazis auf und wollten die Punks angreifen. Zunächst marschierten sie noch in ordentlichen Reihen und Parolen rufend auf die Punks zu. Als diese ihnen jedoch mit "Nazis Raus"-Rufen entgegengingen, war es mit dem gan-



zen "Heldenmut" und der "Kameradschaft" vorbei. Die ersten Nazis begannen sofort, ihr Heil in der übereilten Flucht zu suchen, ohne sich auch nur im geringsten darum zu kümmern, dass einige ihrer "Kameraden" stehen blieben und das Weglaufen des Restes nicht mitbekamen. Und so standen nur noch zwei bis drei Nazis alleine da, die dann aber auch noch schnell wie die Hasen davon liefen.



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

Am gleichen Abend trafen sich einige Nazis in der Wohnung von Ingo Zimmermann in der Wallstraße (über der Gaststätte Goldfinger). Als die Gruppe – wohl aus Frust über ihre Niederlage – randalierend und pöbelnd durch die Stadt zog, mussten sie erneut die Flucht ergreifen. Diesmal vor der Polizei: "Während der Streifenfahrt entdeckte in der Nacht ein Funkstreifenwagenteam eine 11-köpfige Männertruppe, die randalierend und pöbelnd in die Innenstadt zog. Als die Gruppe von den Beamten kontrolliert werden sollte, ergriffen einige der 17 bis 35 Jahre alten betrunkenen Randalierer die Flucht. Erst mit Unterstützung weiterer Streifenbesatzungen konnten die Flüchtenden dingfest gemacht werden." (Presse-Meldung der Polizei Braunschweig).

Das NPD-Mitglied Michael Weinberg (Spitzname "Schnecko"), der am Madamenweg wohnt und Ingo Zimmermann, dessen Wohnung in der Wallstraße (über der Gaststätte Goldfinger) in letzter Zeit häufig als Treffpunkt der Nazi-Bande vom Madamenweg dient, gehören zu den Anführern der Nazis vom Madamenweg, die sich inzwischen "Kameradschaft Skinheads Braunschweig" nennt. Ingo Zimmermann war übrigens einer der beiden Nazi-Skins, die am 30.10.2001 am John-F.-Kennedy-Platz einen Flüchtling überfielen und vor den Augen seiner Kinder verprügelten: "Mit Zivilcourage gegen Nazischläger – Rechtsextreme überfallen Asylbewerber – 18jähriger Braunschweiger stoppt brutalen Angriff" titelte damals die Braunschweiger Zeitung (BZ

vom 31.10.00). Dass die beiden zusammen mit ihren "Kameraden" bei der Kundgebung gegen die Sparpolitik auftauchten, war sicher kein Zufall, sondern eine gezielte und geplante Provokation. In Zukunft wird man wohl häufiger mit solchen Störversuchen bei Kundgebungen und ähnlichem rechnen müssen.

Michael Weinberg, der vorher in Bad Gandersheim und Northeim aktiv war, versucht in Braunschweig vor allem, die seit Jahren am Boden liegenden NPD-Strukturen wieder aufzubauen. So sind einige der jüngeren Nazis vom Madamenweg bereits Mitglied in der NPD geworden. Gerade im westlichen Ringgebiet wurden in letzter Zeit immer wieder NPD-Flugblätter in die Briefkästen verteilt. Ihren Schwerpunkt haben die Nazis inzwischen aber auch





Michael Weinberg

in die Innenstadt ausgebreitet. So treffen sie sich nicht nur häufig in der Wohnung von Zimmermann, sondern sind am Wochenende z.B. auch vor dem "Tango" anzutreffen, wo sie gezielt versuchen, Jugendliche anzusprechen und sie zu rekrutieren.

Neben zahlreichen jüngeren "Nachwuchs-Nazis" sind bei den Aktionen und Partys vom Madamenweg auch zunehmend ältere Nazis mit dabei, die teilweise schon in den 80er Jahren in der rechten Szene aktiv waren. So z.B. der 29jährige Holger Meier. Gegen diesen wurde u.a. schon wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung" ermittelt, weil er Kontakte zur heute verbotenen Nationalistischen Front (NF) hatte. Später war er Mitglied der "Nationalpolitischen Koordination/Freundeskreis Braunschweig", die von Mario Arnswald geleitet wurde und hauptsächlich aus ehemaligen NF-Mitgliedern bestand. Eine weiterer "Altnazi" ist der 1971 geborene Stefan Ewert. Dieser hatte bereits in den 80er Jahren Kontakte zur (heute verbote-

nen) FAP und deren "Ortsleiter" Martin Kiese. So waren Kiese und Ewert mit dabei, als am 13.5.88 mehrere Faschisten, die gerade auf dem Weg zu einem "Kameradschaftstreffen" der FAP bei Mario Arnswald in der Weststadt waren, drei Punker mit einem Messer angriffen.

In der Öffentlichkeit gibt sich Michael Weinberg gern brav und bieder. Gegenüber der Braunschweiger Zeitung versicherte er z.B., dass er "Hitler nicht nachtrauere" (BZ vom 22.12.2001). Das hinderte ihn allerdings nicht daran, am 20. April zusammen mit Ingo Zimmermann und zahlreichen anderen Nazis in der Gaststätte "Gabis Biertreff" in der Husarenstraße Hitlers Geburtstag zu feiern.



Die "Festung Europa" in Braunschweigs Innenstadt

Auftakt der antirassistischen Kampagne "Zdravko Nikolov Dimitrov" der Jugend Antifa Aktion (JAA)

■ Am 13.04.2002 errichteten AntirassistInnen in der Braunschweiger Innenstadt eine Mauer aus Kartons. Die 1,60 Meter hohe und 7 Meter breite Kartonmauer zwischen Ringerbrunnen und Burgpassage war auf beiden Seiten mit je einem Transparent mit dem Symbol der Europäischen Union und der Aufschrift "Festung Europa" versehen. Mit dieser Aktion sollte auf die Abschottungs-politik der EU aufmerksam gemacht werden, die Tausende von Flüchtlingen jährlich das Leben kostet. Vermittelt wurde das Anliegen an die PassantInnen durch rund um die Mauer verteilte Flugblätter. Viele zeigten sich interessiert und bekundeten ihre Sympathie mit der Aktion.

Das verteilte Flugblatt informierte über die Menschenhatz an den Außengrenzen der EU, den immer weiteren Ausbau der Festung Europa mittels modernster Technik und über den Überwachungs- und Repressionsapparat nach innen, der Flüchtlinge noch härter als alle anderen betrifft.

Mit dieser Aktion begann die Jugend Antifa Aktion (JAA) ihre antirassistische Kampagne "Zdravko Nikolov Dimitrov".

Die Kampagne trägt den Namen eines 1999 in Braunschweig durch die Polizei ermordeten Flüchtlings. Dimitrov sollte im Dezember 1999 nach einer Weisung der Braunschweiger Aus-

länderbehörde in sein Herkunftsland Bulgarien, wo er aufgrund seines politischen Engagements durch Ärzte und Polizei gefoltert wurde, abgeschoben werden. Obwohl das Berliner Institut für Folteropfer eine Traumatisierung mit Suizidgefahr attestierte, sollte er zur amtsärztlichen Untersuchung, die



ihn abschiebefähig schreiben sollte, von Polizisten abgeholt werden. Er weigerte sich mitzukommen und drohte mit seiner Selbsttötung, wenn die Polizei nicht wieder abziehe. "Zu seinem eigenen Schutz" (so die Polizei) stürmte ein extra aus Hannover angefordertes Sondereinsatzkommando (SEK) die Wohnung und erschoss Dimitrov. Um die Erinnerung an den Flüchtling und Kommunisten Zdravko Nikolov Dimitrov aufrecht zu erhalten und den staatlichen Rassismus, der hier in unverhohlener Härte zu Tage trat, deutlich zu machen, wurde die Kampagne nach ihm benannt.

In der Kampagne wollen wir mit Öffentlichkeitsarbeit und unterschiedlichen Aktionen die verschiedenen Formen des staatlichen Rassismus thematisieren und angreifen. Dabei erschöpft sich unsere Kritik nicht in der Thematisierung der menschenverachtenden Behandlung von Flücht-

lingen, vielmehr wollen wir aufzeigen, dass dafür das kapitalistische System verantwortlich ist, das die Men-



schen nur nach ihrer Verwertbarkeit behandelt und "überschüssiges Menschenmaterial" entrechtet und abschiebt. Aber der Kapitalismus ist nicht nur das System, das die rassistische Flüchtlingspolitik innerhalb der entwickelten kapitalistischen Ländern zur Konsequenz hat, es raubt den Menschen in anderen Teilen der Welt ihre Lebensgrundlage und zwingt sie überhaupt erst zur Flucht. Sei es durch imperialistische Kriege zur Wahrung von ökonomischen und machtpolitischen Interessen wie beispielsweise in Afghanistan, durch die extreme Ausbeutung der Menschen und natürlichen Ressourcen der sogenannten Trikontstaaten oder durch Stellvertreterkrieg in aller Welt (Kosovo, Lateinamerika etc.). Die Kampagne ist also nicht bloß als Kritik an einer staatlichen rassistischen Politik zu verstehen, vielmehr erheben wir den Anspruch, eine Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen, wo die Flüchtlingspolitik nur einer von vielen erzeugten Widersprüchen ist, zu üben.

In den folgenden Monaten werden viel-



seitige Aktionen im Rahmen der Kampagne stattfinden, um die Lebenssituation von Flüchtlingen, das System der staatlichen Repression und Abschiebung und die dahinterstehende kapitalistische Verwertungslogik in das Bewußtsein der Menschen zu rücken. Achtet also auf Ankündigungen zu Aktionen!

Weitere Informationen zu bereits gelaufenen und noch anstehenden Aktionen, sowie ein 8-seitiges kampagnenbegleitendes Flugblatt gibt es unter: www.puk.de/antifacafe oder im Antifaschistischen Café, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig (montags ab 19 Uhr und freitags ab 20 Uhr).

Terror, Terror überall Spanien

■ Amsterdam, 16. Januar 2002: In einem Supermarkt im Zentrum von Amsterdam wird der 35-jährige Juan Ramón Rodríguez Fernández (Juanra) durch ein Spezialkommando der Polizei festgenommen. Mit einem Sack über dem Kopf wird er abgeführt und auf der Amsterdamer Hauptpolizeiwache festgehalten, um kurze Zeit später in einen Knast unter Sonderhaftbedingungen gesperrt zu werden, wo er anfangs Kleidung aus Papier tragen musste.

Juanra kommt aus Barcelona, ist Sänger der linken Hardcore-Band KOP und ist in der Hausbesetzerbewegung Barcelonas aktiv gewesen. Seit August 2001 wird Juanra von den spanischen Behörden wegen mutmaßlicher Unterstützung des "Kommando Barcelona" der baskischen ETA gesucht. Konkret wird ihm vorgewor-

fen, zwei Namen von spanischen Nazis an jemand aus der Hausbesetzerbewegung Barcelonas weitergegeben zu haben, der beschuldigt wird, Kontakte zum "Kommando Barcelona" der ETA gehabt zu haben. Die Beschuldigungen gegen Juanra stammen aus einem Verhör dieser Person, das unter Folter zustande gekommen ist und inzwischen widerrufen wurde. So konstruiert der spanische Staat aus antifaschistischer Recherchearbeit mal eben den Vorwurf der "Terrorismusunterstützung".



“Terrorismuskeule” gegen die radikale Linke in Spanien ...

Die Festnahme Juanras reiht sich dabei in die zunehmende Repression gegen die gesamte radikale Linke im spanischen Staat unter dem Vorwand der “Terrorismusbekämpfung” ein. Neben der Kriminalisierungswelle gegen die BesetzerInnen-, Antiglobalisierungs-, Antimilitarismus- und Antifa-Bewegung wurden in den letzten Monaten vor allem in Barcelona verstärkt Häuser geräumt. Seit einigen Jahren gibt es in Barcelona eine wachsende und sehr aktive BesetzerInnenbewegung. Mehrere Menschen aus dieser Szene wurden im letzten Jahr bereits verhaftet, weil ihnen in irgendeiner Weise Unterstützung der ETA vorgeworfen wird. Barcelona sollte zum EU-Gipfel Mitte März 2002 “sauber und ordentlich” präsentiert werden. Damit der EU-Gipfel reibungs- und protestlos über die Bühne gehen konnte, wurden schon lange im Vorfeld gerade die potentiellen Protestierenden an den Rand gedrängt und kriminalisiert werden.

Eines der bekanntesten besetzten Häuser ist das “Kasa de la Muntanya”, eine ehemalige Polizeikaserne der “Guardia Civil”. Am 17. Juli 2001 schien es mit der Hochburg “Kasa de la Muntanya” vorbei zu sein. Während der Räumung eines nahegelegenen besetzten Hauses (Kan Nyoki) beschloss die Polizei, eine Razzia in der besetzten Polizeikaserne zu machen. Die Polizei behauptete, dass aus dem Haus Gegenstände in Richtung der bei der Räumung beteiligten Beamten geworfen worden seien. In einer deutlich vorbereiteten Blitz-

operation (die Polizei hatte Pläne des Gebäudes bei sich), aber ohne den erforderlichen Durchsuchungsbefehl, wurde “Kasa de la Muntanya” gestürmt. Alle BewohnerInnen wurden mit Gewalt auf die Straße gesetzt, das komplette Gebäude acht Stunden lang durchsucht. Weiterhin wurden von allen Räumen Videoaufnahmen gemacht und persönlicher Besitz der BewohnerInnen, darunter Kalender, Computer, Videos, Fotoapparate, diverse Schriftstücke sowie Geld beschlagnahmt oder vernichtet. Draußen auf der Straße wurde ein Junge mit Gummikugeln beschossen, was zur Folge hatte, dass ihm seitdem ein Auge fehlt! Gegen Abend verließ die Polizei das Haus und die Kaserne wurde wieder besetzt.

Auch in anderen Gegenden Spaniens wird weiter an der Repressions-schraube gedreht. Es trifft HausbesetzerInnen in Barcelona, AnarchistInnen in Madrid, StudentInnen in Sevilla, Totalverweigerer und schon immer die Gefangenen der baskischen Unabhängigkeitsbewegung. Im Januar 2002 wurde im Baskenland die Gefangenenhilfsorganisation Gestoras pro Amnistia (Gruppen für die Amnestie) verboten. Dreizehn MitarbeiterInnen wurden in Haft genommen, mehrere Büros versiegelt und Spendengelder, die der medizinischen, rechtlichen und sozialen Versorgung mehrererhundert politischer Gefangener dienen, beschlagnahmt. Über 500 baskische Gefangene werden bewusst fernab des Baskenlandes, etwa auf den kanarischen Inseln, gefangen gehalten, damit ihre Familien sie nicht

besuchen können. Totalverweigerer werden in Spanien monatelang inhaftiert und im Gefängnis schikaniert. Sämtliche baskische Jugendorganisationen werden ausgespitzelt und sind ständig von Repression bedroht. So wurde im letzten Jahr ein Gesetz verabschiedet, das besagt, dass auch



“jugendliche Gewalttäter” nach dem Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden. Das heißt konkret: für Steine schmeißen zehn Jahre Knast, weil jeder militante Protest, der sich für Autonomie des Baskenlandes ausspricht, in der Kategorie “zukünftige ETA-Mitglieder” abgeurteilt wird. In den letzten vier Jahren wurden Organisationen, Zeitungen und Radiostationen auf grundvager Anschuldigungen verboten. So wurden allein im Jahr 2001 140 Jugendliche und AktivistInnen als sogenannte Mitglieder im “ETA-Netzwerk” verhaftet. Auffällig ist, dass es bisher in keinem Fall zu einem Prozess gekommen ist.

Auch Büros von Anwälten, die gegen die Folter an baskischen Gefangenen

vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof klagen, werden durchsucht und ihre Rechtsanwaltsvereinigungen als “Terrornetzwerke” denunziert, verfolgt und verboten.

Hunderte Studierende wurden im Vorfeld des im Sommer in Sevilla stattfindenden EU-Ministertreffen festgenommen, ihnen wurde die Exmatrikulation aus der Uni angedroht, einige wurden bereits aus der Universität geschmissen.

... und demnächst in ganz Europa

Die Festnahme von Juanra in Amsterdam wird von spanischen Medien als “erste Frucht des neuen Systems Eurojust, der Justizkooperation der EU” (Tageszeitung La Vanguardia) gefeiert. “Eurojust” wurde bereits auf dem letzten EU-Gipfel in Brüssel-Laeken am 16. Dezember 2001 beschlossen. Eurojust hat seinen Sitz in Den Haag und nahm am 1. Januar seine Arbeit auf. Dort sitzt jetzt ein Staatsanwalt pro EU-Staat und Spezialisten für “Terrorismus”. Falls erforderlich, soll das Personal aufgestockt werden. Im Windschatten der Aufregung um den 11. September wurde auf dem EU-Gipfel am 16. Dezember nicht nur Eurojust beschlossen: Außerdem gibt es jetzt eine offizielle Liste der EU mit “terroristischen Organisationen”. Auffallend ist, dass diese Liste kaum “islamische Terroristen” aufführt (nicht einmal die Al Qaida wird genannt), dafür aber fünf im letzten Jahr in Spanien verbotene baskische politische Organisationen - etwa das Komitees der Angehörigen von ETA-Gefangenen (Gestoras pro Amnistia), oder die

Jugendorganisation Segi und deren Vorläuferorganisation Haika und Jarrai, die bereits verboten sind. Alle diese Organisationen werden kurzerhand zu "ETA"-Unterorganisationen erklärt.

Wohin der Weg bei der gemeinsamen "Terrorismusbekämpfung" der EU-Länder geht, machte der spanische Innenminister Jaime Mayor Oreja bereits lange vor dem 11. September bei einer "Sicherheitskonferenz" in Madrid im Januar 2001 deutlich: "Terrorismus besteht nicht nur in Form von aktiven Gruppen und Kommandoeinheiten, es ist auch ein Projekt, das versucht, Wurzeln in der Gesellschaft zu fassen. Um ihn zu bekämpfen, ist es deshalb notwendig, gegen die sozialen, ökonomischen, politischen und kommunikativen Strukturen zu kämpfen, die ihn nähren und unterstützen." Was nichts anderes heißt, als dass alle unliebsamen linken und sozialen Bewegungen kurzerhand zu "Förderern des Terrorismus" erklärt werden. In Spanien trifft die "Terrorismusbekämpfung" schon jetzt alle, die sich in irgendeiner Weise in der (radikalen) Linken engagieren. Neben Hausbesetzern, Solidaritätsorganisationen für politische Gefangene und Unabhängigkeitsbewegungen steht vor allem die Anti-Globalisierungsbewegung im Fadenkreuz der europäischen Zusammenarbeit. Ein internes Arbeitspapier der europäischen Polizeikooperation stellt klar: "Das Ziel eines geheimdienstlichen Aus-

tausches auf europäischer Ebene ist es: das Entstehen eskalierter Situationen bei künftigen Konferenzen der EU und anderer internationaler Organisationen vermeiden zu helfen und den gewalttätigen, urbanen, jugendlichen Radikalismus strafrechtlich zu verfolgen". Eine deutliche Kampfansage an die gesamte Anti-Globalisierungsbewegung. In einem beim Gipfel in Barcelona vorgelegten Papier der EU-Präsidentschaft Spaniens an die Arbeitsgruppe Terrorismus der EU heißt es:

"Im Verlauf ihrer Treffen hat die Arbeitsgruppe eine allmähliche Zunahme der Gewalt und krimineller Sachbeschädigungen auf verschiedenen Gipfeltreffen der Europäischen Union und anderen Veranstaltungen zur Kenntnis genommen, die von radikalen extremistischen Gruppen orchestriert wurden, die damit ganz klar die Gesellschaft terrorisieren ... Diese Taten sind das Werk eines losen Netzwerks, das sich hinter diversen gesellschaftlichen Anliegen verbirgt, womit wir Organisationen meinen, die ihren rechtlichen Status ausnutzen, um den Zielen terroristischer Gruppen Vor-



schub zu leisten ... Mit dem Ziel, dem Entstehen solcher Situationen auf Gipfeltreffen und anderen Veranstaltungen verschiedener internationaler Organisationen sowie der Europäischen Gemeinschaft vorzubeugen, empfiehlt die spanische Präsidentschaft die Annahme eines Ratsbeschlusses, der die Einführung eines Standardformulars für den Informationsaustausch über terroristische Vorfälle vorsieht. Dies würde ein sehr nützliches

Werkzeug bereitstellen für die Prävention und nötigenfalls Strafverfolgung gewalttätiger urbaner Jugendradikalität, die zunehmend von terroristischen Gruppen als Handlanger benutzt wird, um ihre kriminellen Ziele durchzusetzen.“

Weitere Infos über die Festnahme Juanras und die Repression in Spanien gibt es unter www.freejuanra.org und bei www.indymedia.de



Afghanistan, 2. Teil

■ In der letzten Ausgabe schrieben wir, dass die Auseinandersetzung um Afghanistan und den Nahen Osten um einiges älter ist, als von Politikern und Medien in den herrschenden Staaten behauptet. Wir erörterten, dass der “Kampf gegen den Terror” eine weitere von vielen gewesenen Phasen in der Zurichtung des rohstoffreichen Nahen Ostens auf die Bedürfnisse der “westlichen” Industrienationen ist, da dort bei weitem noch nicht alles so reibungslos läuft, wie es soll. Der ungleiche Krieg, mit dem die führenden NATO-Staaten Afghanistans Bewohner überziehen, soll aller Welt deutlich zeigen, wie mit Widerspenstigen umgegangen wird und dass keine UNO-Beschlüsse oder anderer Papierkrams die USA und ihre Verbündeten dabei aufhalten werden. Neben der langfristig gedachten stra-

tegischen Zielsetzung, sich in der Region festzusetzen, dort dauerhaft Truppen zu stationieren, um möglichen Ungehorsamen möglichst effektiv ein paar Kugeln resp. Bomben verpassen zu können, bringt die Neukolonisierung Afghanistans jedoch auch einiges an greifbarem Kollateralschaden.

Afghanistan und die Jagd nach Öl

Die Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 hatte die Möglichkeit zur Ausdehnung des amerikanischen Einflusses nach Zentralasien eröffnet, die Entdeckung riesiger Öl- und Gasreserven lieferte den Anreiz dazu. Zwar war die aserbaidjanische Küste des Kaspischen Meeres (Baku) bereits seit hundert Jahren ein Zentrum der Ölförderung gewesen, doch die riesigen neuen Reserven im Nordwesten

(Kasachstan) und im Umfeld des Südwestens (Turkmenistan) des Kaspischen Beckens wurden erst während der vergangenen zehn Jahre entdeckt. Amerikanische Ölgesellschaften sicherten sich die Rechte an nicht weniger als 75 Prozent der zu erwartenden Förderung aus diesen neuen Feldern, und US-Regierungsbeamte verweisen hoffnungsvoll auf das Kaspische Becken und Zentralasien als mögliche Alternative zur Abhängigkeit von den Ölvorkommen in der instabilen Region am Persischen Golf. Den Verträgen über Förderrechte folgte amerikanisches Militär. Im Jahr 1997 nahmen Sondereinsatztruppen der USA gemeinsame Manöver mit der Armee Kasachstans auf. Entsprechende Manöver mit Usbekistan begannen ein Jahr später. Trainiert wurden insbesondere Interventionen im gebirgigen Süden, wo sich Kirgisien, Tadschikistan und der Norden Afghanistans befinden.

Das Hauptproblem bei der Ausbeutung der Energieressourcen Zentralasiens besteht darin, das Öl und Gas aus dieser Region, die über keinen Zugang zu den Weltmeeren verfügt, auf den Weltmarkt zu bringen. Die amerikanische Regierung wollte dazu weder das russische Pipelinennetz benutzen noch den einfachsten Landweg, der quer durch den Iran zum Persischen Golf führen würde. Stattdessen erkundeten die Ölkonzerne und die Regierung der USA im Verlauf der letzten zehn Jahre eine Reihe alternativer Pipelinerrouten - in westlicher Richtung durch Aserbaidschan, Georgien und die Türkei ans Mittel-

meer, in östlicher Richtung durch Kasachstan und China zum Pazifik und, was hinsichtlich der gegenwärtigen Krise besonders bedeutsam ist, in südlicher Richtung durch Turkmenistan, Westafghanistan und Pakistan zum Indischen Ozean.

1996 brachten CIA und pakistanischer Geheimdienst die Taliban in Afghanistan an die Macht. US-Diplomaten prognostizierten: "Die Taliban werden sich wahrscheinlich so entwickeln wie



die Saudis. Da wird es US-Pipelines geben, einen Emir, kein Parlament und eine Menge an Sharia-Gesetzen. Damit können wir leben." Der in den USA ansässige Ölkonzern Unocal setzte sich für einen Pipelineverlauf durch Afghanistan ein und führte intensive Verhandlungen mit dem Talibanregime. Als sich infolge der Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania, für

die Osama bin Laden verantwortlich gemacht wurde, die Beziehungen zwischen den USA und Afghanistan verschlechterten, wurden diese Gespräche jedoch ergebnislos abgebrochen. Im August 1998 griff die Clinton-Regierung angebliche Ausbildungslager bin Ladens im Osten Afghanistans mit Marschflugkörpern an. Die US-Regierung forderte von den Taliban die Auslieferung bin Ladens und verhängte Wirtschaftssanktionen gegen das Land. Die Verhandlungen über Pipelines schlepten sich hin.

Versuche, die Taliban zu stürzen

Seit der Wendung der Taliban gegen die Interessen der USA versuchten diese, das Taliban-Regime zu destabilisieren und bin Laden zu töten. So agierte z.B. eine paramilitärische Geheimabteilung der CIA, die Special Activities Division, lange vor dem 11.09.2001 in Afghanistan. (Die Special Activities Division ist aus Teams zusammengesetzt, die jeweils etwa ein halbes Dutzend Männer umfassen. Sie tragen keine Militäruniform. Die Abteilung verfügt über rund 150 Kämpfer, Piloten und Spezialisten. Sie besteht aus bewährten pensionierten Veteranen des US-Militärs.) Sowohl Bodentruppen als auch mit Raketen bestückte ferngesteuerte Überwachungsflugzeuge kamen zum Einsatz. Die CIA arbeitete dabei mit Stammesführern und Warlords im südlichen Afghanistan zusammen. Die Einheiten der Special Activities Division beteiligten sich am Aufbau eines umfassenden neuen Netzwerks in dieser Region, die das wichtigste Einflussgebiet der Taliban darstellt.

Die Spionageagentur der USA führte seit dem Frühjahr 2000 Angriffe auf das afghanische Regime durch - ein Verhalten, das die amerikanische Regierung unter anderen Voraussetzungen als Terrorismus bezeichnen würde. Diese Angriffe gingen den Anschlägen, die das World Trade Center zum Einsturz brachten und das Pentagon beschädigten, demnach um mehr als ein Jahr voraus.

Die USA drohen mit Krieg - vor dem 11. September

Nach der Amtseinführung von George Bush im Weißen Haus verlagerte sich der Schwerpunkt der amerikanischen Politik in Afghanistan. Es ging nicht länger um einen beschränkten Eingriff, mit dem bin Laden getötet oder gefangen genommen werden sollte, sondern um die Vorbereitung einer handfesten Militärintervention gegen das Talibanregime als Ganzes.

Unmittelbar nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon erschienen in den britischen Medien zwei Berichte, aus denen hervorging, dass die amerikanische Regierung schon mehrere Monate vor dem 11. September militärische Maßnahmen gegen Afghanistan angedroht hatte. Die Warnungen an Afghanistan erfolgten Mitte Juli im Rahmen einer viertägigen Zusammenkunft hochrangiger Vertreter der amerikanischen, russischen, iranischen und pakistanischen Regierung in einem Berliner Hotel. Es war das dritte Treffen im Rahmen einer Reihe inoffizieller Konferenzen, die unter der Bezeichnung „Brainstorming über Afgha-

nistan“ liefen. Francesc Vendrell, der damalige und heutige UN-Beauftragte für Afghanistan, hatte das Treffen einberufen. Offiziell sollte die Konferenz über mögliche Formen einer politischen Lösung für Afghanistan verhandeln, doch die Taliban weigerten sich daran teilzunehmen. Die Amerikaner erläuterten, wie sich ihre Afghanistan-Politik mit dem Wechsel von Clinton zu Bush verändern werde, und ließen unmissverständlich durchblicken, dass auch ein militärisches Vorgehen erwogen werde.

Bush, das Öl und die Taliban

Ein Buch mit dem Titel „Bin Laden, die verbotene Wahrheit“, das am 15. November in Frankreich erschien, enthält weitere Informationen über geheime Kontakte zwischen der Bush-Regierung und dem Talibanregime. Die Autoren schreiben, dass die Bush-Regierung ungeachtet ihrer Vorwürfe an die Taliban, sie unterstützten den Terrorismus, bereit gewesen sei, sich mit ihrem Regime abzufinden, falls es im Hinblick auf die Ausbeutung der Ölvorkommen in Zentralasien kooperationsbereit sei.

Bis zum August betrachtete die US-Regierung demnach die Taliban „als Garanten der Stabilität in Zentralasien“ und ging davon aus, dass sie „den Bau einer Ölpipeline durch Zentralasien ermöglichen würden“. Erst als die Taliban nicht auf die Bedingungen der USA eingingen, sei „das Motiv der sicheren Energieversorgung in ein Motiv für Militäraktionen umgeschlagen“.

Die Politik der Provokation

Die bisherige Zusammenfassung der Kriegsvorbereitungen gegen Afghanistan bringt uns nun zum 11. September. Die Terroranschläge, die das World Trade Center zum Einsturz brachten und das Pentagon beschädigten, waren ein wichtiges Glied in der Kausalkette, die zum Angriff der USA auf Afghanistan führte. Die amerikanische Regierung hatte den Krieg von langer Hand vorbereitet, doch erst der Schock des 11. September ermöglichte seine politische Umsetzung, indem er die öffentliche Meinung im eigenen Land betäubte und Washington ein wichtiges Druckmittel gegen zögernde Bündnispartner im Ausland an die Hand gab.

“Anständiger Aufstand II”

■ Um die 50 Faschisten waren es, die sich am 09. März rund um einen Infostand der NPD/ JN in Barsinghausen (bei Hannover) versammelten. Es war bereits die zweite Kundgebung in diesem Jahr. Bei ihrem erster Versuch einen Monat zuvor mussten die

Nazis Eierwürfe und Spott über sich ergehen lassen. Auch dieses Mal gab es entschlossenen Widerstand und die Nazi-Kundgebung konnte nicht reibungslos über die Bühne gehen. Zeitgleich zu der Kundgebung der Faschisten fand eine Demonstration

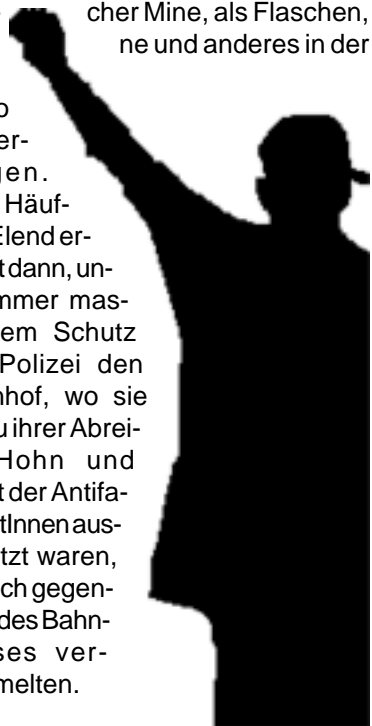
des "Bündnis gegen Rechtsextremismus" statt. In diesem Bündnis dominieren bürgerliche Kräfte: die Grünen, SPD und CDU sowie deren Jugendorganisationen sind mit dabei. Das war auf der Demonstration und der anschließenden Kundgebung auch nicht zu überhören. In den Redebeiträgen überschlugen sich die Sprecher geradezu darin, vor der "Gewalt von Links" zu warnen, die Eierwürfe vom vorangegangenen Büchertisch bitter zu verurteilen und den Demonstrations- teilnehmerInnen nahezulegen, ihren Protest nicht (!) in der Nähe der Nazis kundzutun. Das eigentliche Anliegen der Demonstration, nämlich gegen die Kundgebung der Nazis zu protestieren, geriet dabei beinahe schon in den Hintergrund.

Durch diese Politikverhinderungsversuchen der bürgerlichen Parteien ließen sich die vorrangig jugendlichen DemonstrantInnen aber nicht davon abhalten, ihren Protest direkt bei den Nazis zu artikulieren. An einer Polizeikette in Sichtweite zur Nazi-Kundgebung sammelten sich circa 100 AntifaschistInnen. Aufgrund des Kräfteverhältnisses (zwischen AntifaschistInnen und Polizei) war es nicht möglich, direkt an die Nazis heran zu kommen, so dass abgewartet wurde, bis die Faschisten nach ihrer Kundgebung zum Bahnhof gebracht wurden. Nachdem die Nazis sich für ihren "Abmarsch" zum Bahnhof aufstellten, kam auch Bewegung in die Menge der GegendemonstrantInnen. Ein paar dutzend Menschen formierten sich zu

einer Sitzblockade, die aber nach wenigen Minuten durch brutales Vorgehen der Polizei aufgelöst wurde. Die



Faschisten marschierten los in Richtung Bahnhof. Ihr anfangs noch mit stolzem Gesichtsausdruck und in Reih und Glied begonnener Marsch geriet dann aber schnell zu einem fluchtartigen Aufbruch mit ängstlicher Mine, als Flaschen, Steine und anderes in der Nazi-demonstration niedergingen. Das Häuflein Elend erreicht dann, unter immer massiverem Schutz der Polizei den Bahnhof, wo sie bis zu ihrer Abreise Hohn und Spott der AntifaschistInnen ausgesetzt waren, die sich gegenüber des Bahngleises versammelten.



Termine:

Jeden Montag ab 19 Uhr

Aktiv werden gegen Nazis und staatlichen Rassismus!

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!

Im Antifaschistischen Café

Cyriaksring 55 • 38118 Braunschweig

Jeden Freitag ab 20 Uhr

Antifaschistisches Café

Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen, Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufnäher...

Cyriaksring 55 • 38118 Braunschweig

<http://www.puk.de/antifacafe>

